

Dokumentation

Entwicklungspolitik to go II



Workshop zum Thema
*Entwicklungspolitische Beiträge zu einer
nicht-rassistischen Gesellschaft II*
16. / 17. Februar 2017, Waldsolarheim
Eberswalde

Erstellt von Larissa Zwingel

Programm

Gesamtmoderation: *Katja Musafiri, taz-Mitarbeiterin und Autorin*

Donnerstag, 16. Februar 2017

- 11.00 Uhr Begrüßung und Kennenlernen
- 11.45 Uhr Wissenstransfer (Erkenntnisse des Workshops aus Dresden – Worauf können wir aufbauen?)
Andreas Rosen, Stiftung Nord-Süd-Brücken
- 12.00 Uhr Podiumsdiskussion: „Entwicklungspolitische Stolpersteine – In welcher Weise hat sich unser Arbeitsumfeld seit dem letzten Jahr verändert?“
*mit Fatumo Musa Afrah, Speaker and Activist
Magdalena Freudenschuß, Trainerin für politische Bildungsarbeit
Patrice Jaeger, Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Moderation: Rahime Diallo, VENROB e.V.*
- 13.00 Uhr Mittagessen
- 14.00 Uhr Vorstellung der Arbeitsgruppen

AG 1: UNGESEHEN!

Welche gesellschaftlichen Milieus erreichen wir gar nicht oder nur sehr schwer, und warum?
Wie können wir mehr Zielgruppen besser erreichen, um antirassistisch wirksamer zu werden?
Welche Instrumente stehen uns zur Verfügung und wie können diese erfolgreich eingesetzt werden?
*Marion Duppel, ESTAruppin e.V.
Diego Diaz, Projekthaus Babelsberg*

AG 2: EINGELADEN!

Wie kommen unsere Beiträge und Expertise besser in die Kommunen?
Wie können wir sicherstellen, dass unsere Arbeit wirkt?
Welche Angebote macht die Politik?
Wie können wir sinnvoll kooperieren?
*Ely Almeida Rist und Ana-Cara Methmann, pokuBi - Landesarbeitsgemeinschaft politisch-kulturelle Bildung Sachsen e.V.
Jonas Frykman, Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit Brandenburg
Kai Jahns, Bürgerstiftung Barnim Uckermark*

AG 3: LIEGENGELASSEN!

Wie können die Rahmenbedingungen für unsere Arbeit verbessert werden?
Welche Forderungen von Seiten der MDO gibt es für eine umfangreichere und bessere Partizipation?
Wie können diese Forderungen rasch umgesetzt werden?
Janny Guevara, MigraNetz Thüringen

AG 4: AUSBAUBAR!

Was wurde bereits erfolgreich erprobt?
Können Good-Practise-Beispiele von Geflüchteten hier als Blaupause für andere Regionen gelten?
Was haben wir bisher aus Fehlern gelernt?
Wo können wir noch besser werden?

Uwe Berger, Madeleine Mawamba, „Tandem-Projekt“ Carpus e.V

- 18.00 Uhr Abendessen
- 19.00 Uhr Öffentliche Veranstaltung zum Thema „Brandenburg – weltoffene Gesellschaft?“
Kulturelle Einführung und Podiumsdiskussion
mit Anne Quart, Staatssekretärin, Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz Brandenburg
Joachim Lohmann, Evangelische Akademie Berlin-Brandenburg
Ismail Köylüoğlu, NEMO - Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen e.V.
Walter Hättig, Stiftung Nord-Süd-Brücken
Moderation: Katja Musafiri
- 20.30 Uhr Tagesausklang mit Gesprächsmöglichkeit

Freitag, 17. Februar 2017

- 09.00 Uhr Persönliche Reflektionsrunden zu Selbstverständnis und Wirkung der eigenen Arbeit
Welche Relevanz hat antirassistische Arbeit für mein Thema?
Wo sehe ich Überforderung und Frustration?
Habe ich das Gefühl, dass meine Arbeit etwas Positives bewirkt?
Wie hat sich mein eigener Horizont verändert?
- 10.00 Uhr Weiterführung der AG-Arbeit vom Vortag mit Fokus auf Ergebnis und Präsentation
- 12.30 Uhr Schlussrunde und Auswertung
- 13.30 Uhr Mittagessen

„Entwicklungspolitik to go“ will entwicklungspolitische Themen und Akteure raus aus den Zentren Berlin und Bonn und rein in die Regionen holen.

„Entwicklungspolitik to go“ will unterschiedliche Akteure miteinander ins Gespräch bringen: Staat, NRO-Vertreter/innen und Aktivist/innen.

Und „Entwicklungspolitik to go“ will praktische Beiträge für ein zeitgemäßes, erweitertes Verständnis von Entwicklungspolitik beisteuern.



BEGRÜSSUNG

Nach einer kurzen Vorstellung des Programms durch die Moderatorin Katja Musafiri begrüßen Uwe Prüfer von VENROB und Walter Hättig von der Stiftung Nord-Süd-Brücken die TeilnehmerInnen. Betont wird von beiden, dass die Stadt Eberswalde bewusst als symbolträchtiger Veranstaltungsort ausgewählt wurde, da hier der Rassismus, spätestens seit dem rassistisch motivierten Mord an Amadeu António im Dezember 1990, eine große Problematik darstellt. Vor allem im Hinblick auf gegenwärtige rassistische und nationalistische Tendenzen soll der Workshop einen Beitrag zu einer nicht-rassistischen Gesellschaft leisten. Beide wünschen den TeilnehmerInnen hierfür erfolgreiche zwei Tage.

WISSENSTRANSFER vom ersten Entwicklungspolitik to go–Workshop in Dresden

Andreas Rosen von der Stiftung Nord-Süd-Brücken übernimmt und verweist auf die Reihe der Entwicklungspolitik to go-Workshops. Der erste fand im Januar 2016 in Dresden statt, der dritte folgt Anfang September 2017 in Anklam/M-V. Diese Reihe an „Diskussionsorten“ lässt eine kontinuierliche Bearbeitung des Themas Entwicklungspolitik und Rassismus zu. Wie Entwicklungspolitik und Zivilgesellschaft auf diese Themen reagieren können, wurde im ersten Workshop im Januar 2016 erarbeitet und die Ergebnisse in zehn Erkenntnispunkten festgehalten, von denen den TeilnehmerInnen nun noch einmal einige präsentiert werden.

Das Jahr 2016, das unter anderem zur Sensibilisierung des Themas Rassismus diente, brachte auch für die Entwicklungspolitik komplexe Aspekte mit sich. Hier ging es unter anderem um sogenannte sichere Herkunftsstaaten oder den Missbrauch der Entwicklungszusammenarbeit als Migrationsinstrument. Eine wichtige Erkenntnis war, dass Begegnungen als Werkzeug gegen Rassismus gesehen werden können. Es gibt keine Alternativen zu diesen Begegnungen, denn um Rassismus entgegenzuwirken, muss sich die Gesellschaft mit dem „Anderen/Fremden“ auseinandersetzen. Dafür sollte die Entwicklungszusammenarbeit noch mehr tun, zum Beispiel Partnern aus dem Süden vermehrt ein Forum bieten, mehr migrantische ExpertInnen einbeziehen und vor allem auch in ländliche Regionen vordringen, um Begegnungen nicht nur in Zentren stattfinden zu lassen.

Mit dem Thema Rassismus sollte sich die zivilgesellschaftliche Entwicklungspolitik kritisch auseinandersetzen, diese Debatte wurde im Dresden-Workshop sehr intensiv geführt. Jedoch herrscht in der Zivilgesellschaft oftmals auch keine sachliche Streitkultur, und gegenteilige Meinungen werden schnell abgewertet. Größere Bündnisse können diese Selbstreflexion durch einen differenzierteren Diskurs mit mehr Akteuren voranbringen.

Strategien gegen Rassismus in ländlichen Kommunen fehlen, regionale Akteure sollten noch aktiver auf dem Land gefördert werden.

Zwar gab es aus dem ersten Workshop viele hilfreiche Erkenntnisse, die in diesem zweiten Entwicklungspolitik to go-Workshop aufgegriffen und weitergedacht werden müssen, jedoch wurden diese Ergebnisse wenig für konkrete Umsetzungen genutzt.

PODIUMSDISKUSSION: 3 ANSÄTZE ZUR ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN ARBEIT

Es folgt eine Podiumsdiskussion, in der die drei RednerInnen Fatuma Musa Afrah, Magdalena Freudenschuß und Patrice Jaeger, moderiert von Rahime Diallo, ihre Erfahrungen und Meinungen zum Phänomen des Rechtsrucks in Deutschland als neuen Stolperstein entwicklungspolitischem Arbeitens teilen.

Auf die Frage an Fatuma Musa Afrah, wie sich dieser Rechtsruck in Deutschland für Geflüchtete spürbar macht, berichtet sie von Diskriminierung und Rassismus, denen sie sich selbst ausgesetzt fühlt. Sie betont, dass es wichtig ist, Zivilgesellschaft, Regierung und Geflüchtete bzw. „Newcomer“ zusammenzubringen, die Kommunikation mit Geflüchteten zu stärken und vor allem: nicht nur zu reden, sondern zu handeln.

Inwiefern dem Rechtsruck durch politische Bildungsarbeit entgegengewirkt werden kann und welche Maßnahmen es hierfür bereits gibt, erklärt Magdalena Freudenschuß. Sie erläutert zwei Problematiken, die durch politische Bildungsarbeit bekämpft werden können und müssen: Zum einen beschreibt sie das oft fehlende Wissen um Grundbegriffe im Zusammenhang mit Geflüchteten. Die Gesellschaft muss in allen Schichten dieselbe Basis an Wissen haben, um Themen gemeinsam behandeln zu können. Zum anderen geht sie auf den tief sitzenden Alltagsrassismus in Brandenburg und die leider bereits vorhandene ablehnende Grundhaltung gegenüber Geflüchteten ein, denen man durch politische Bildungsarbeit entgegenwirken muss.

Ganz konkrete Erfahrungen aus seiner Arbeit nennt Patrice Jaeger auf die Frage, wie das Eine-Welt-Netzwerk in Mecklenburg Vorpommern durch den Rechtsruck betroffen ist und was gegen diese Entwicklung getan wird. Auf Landesebene haben er und das Netzwerk bereits den Einfluss des Rechtsrucks bemerkt: Im Gespräch mit Landespolitikern nimmt diese Thematik mittlerweile mehr Raum ein, als es früher der Fall war, Diskussionen um Nachhaltigkeit z.B. rücken in den Hintergrund. Auf kommunaler Ebene beschreibt er die Arbeit von Partnern vor Ort, die sich im Rahmen von Projekten, die sich mit Geflüchteten beschäftigen, mit dem Rechtsruck auseinandersetzen. Oftmals sehen sich diese Partner einer Bedrohung durch Neonazis ausgesetzt. Die Einschüchterung dieser Akteure sieht er als großes Hindernis in der Arbeit gegen rechts.



Inwiefern die RednerInnen die positiven Aspekte von Migration für die Gesellschaft, fern von Rechtsruck und AfD bewerten, ist Rahime Diallos Frage an das gesamte Podium. Dass Migration Chancen für die Gesellschaft bietet, darin sind sich alle einig, genauso in dem Punkt, dass es im Zuge der Geflüchteten thematik viel mehr zivilgesellschaftliches Engagement gibt. Um Zielgruppen, die sich bisher eher ablehnend gegen eine interkulturelle Gesellschaft gezeigt haben, zu erreichen, muss mehr Integration und mehr Mitsprache von MigrantInnen stattfinden. Der persönliche Bezug und interkultureller Austausch, der hierdurch entsteht, bieten ein großes Potenzial für eine offenere Gesellschaft.

Als das Plenum aufgerufen wird, Fragen zu stellen, wird unter anderem Kritik geübt an der Behandlung des Themas Rassismus und Interkulturalität durch Staat und Medien: oftmals enteht der Eindruck, dass durch wenig konkrete Handlungen von staatlicher Seite und die teilweise abgestumpfte Berichterstattung auf medialer Seite diesem Thema nicht ausreichend öffentliche und

gesellschaftliche Relevanz zugesprochen wird. Kommunikation, vor allem auch mit rechten Randgruppen, interkulturelles Lernen und der Einbezug aller in einem weltoffenen Gesellschaftsentwurf bilden die Schlüsselaspekte der Podiumsdiskussion.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass durch diese erste Podiumsdiskussion ein Einblick in die verschiedenen Arbeitsbereiche im Zusammenhang mit Rassismus und Geflüchteten und den damit verbundenen Problematiken gegeben wurde und bereits einige Handlungsoptionen unter Einbezug der gesamten Teilnehmerschaft angesprochen wurden.



PRÄSENTATION DER ARBEITSGRUPPEN

AG 1: UNGESEHEN! Wie können Zielgruppen besser erreicht werden?

Inputs durch Marion Duppel, ESTAruppin e.V. und Diego Diaz, Projekthaus Babelsberg

Wen erreichen wir in noch nicht ausreichendem Maße:

Sowohl in Institutionen als auch unter einzelnen Personengruppen konnten wir Bedarfsgruppen identifizieren und haben diese im Folgenden aufgeführt:

Kooperationsmöglichkeiten mit lokalen Vereinen und NROs haben wir noch nicht in Gänze ausgeschöpft. Viel zu selten spielen noch immer Sport- oder Gesangsvereine im ländlichen Raum eine Rolle als Kooperationspartner, obwohl mancherorts nicht viel mehr vorhanden ist. Darüber hinaus haben wir auch Schützenvereine, Faschingsvereine, lokale Vereine im Nischensektor (ausgefallene oder neue Sportarten, Heimatvereine, Umweltgruppen) noch nicht ausreichend bei Kooperationsmöglichkeiten in Betracht gezogen.

Daneben wurden auch Mitglieder von Gewerkschaften (auch Arbeitnehmer- und Sozialverbänden) als Gruppe identifiziert sowie MitarbeiterInnen und AnwärterInnen auf Beschäftigung in Ämtern und Behörden, Jobcentern, Ministerien (v.a. Soziales, Arbeit, Wohnen und Bauen als auch Justiz), Verwaltungen und kommunalen Einrichtungen als auch bei (freiwilligen) Feuerwehren und der Polizei. Eine Implementierung einer weltoffenen Orientierung innerhalb der Ausbildungskonzeptionierung wurde als wünschenswert beschrieben und eine damit einhergehende Überprüfung wurde von mehreren Teilnehmern der AG für in diesem Rahmen für möglich befunden. (Die Dienstauglichkeit wird ja auch in anderen Bereichen überprüft.)

Als weitere Gruppe wurden lokale UnternehmerInnen und PersonalerInnen genannt, um ggf. Hürden in Form von Ressentiments, die den Eintritt in den Arbeitsmarkt erschweren oder die Perspektive auf einen zeitnahen Ausbildungsplatz schmälern, möglichst von Anfang an gering gehalten werden.

Daneben wurden auch MedienmacherInnen in Zeitungen, Verlage (v.a. auch für Schulbücher, Kinder- und Jugendliteratur), Medienanstalten und Radio-Macher erwähnt, bei denen wir nach Meinung mehrerer AG-Teilnehmer noch nicht ausreichend bzw. flächendeckend präsent sind und deren Außenwirkung als besonders hoch bewertet wird.

Auch Kinder, vor allem jene im Kindergarten- und Vorschulalter, werden noch eher selten mit Angeboten bedacht, obwohl die Wirksamkeit bei dieser Gruppe mehrheitlich als hoch eingeschätzt wird. Mehr Einfluss entsprechend eingestellter bzw. geschulter LehrerInnen könnte die Auswahl der Lehrwerke auf den Lehrerkonferenzen positiv beeinflussen. Des Weiteren wurden RentnerInnen und Hausfrauen identifiziert sowie Migrantinnen, da oftmals mehrheitlich noch Männer mit der Vielzahl der Angebote erreicht werden.

Eine Gruppe, die sich viel zu selten einer dahingehenden Überprüfung unterzieht sind Wir! Eine stete eigene Selbstreflektion –

auch innerhalb der jeweiligen Organisation - als auch eine klare öffentliche Positionierung von NROs zu relevanten Themen könnten als mediale Gegenstimmen hilfreich sein.

Konkrete Handlungsoptionen

Dies sollen auch Frage- bzw. Zielstellungen für die Ausrichtung unserer zukünftigen Arbeit sein als auch Instrumente darstellen, unsere Reichweite und Wirksamkeit zu erhöhen

1) *Wo wollen wir hin?* Ein gemeinsames Rassismus-Verständnis für die Epol-Arbeit zu schaffen, wird als besonders wichtig erachtet. Eine handhabbare Definition zu erarbeiten kann eventl. auch mit Antira-Experten gemeinsam erarbeitet werden. Auch Fragen wie "Was ist Integration? Wozu ist diese nötig?" müssen wir in diesem Zuge klären. Erst daraus lassen sich dann Ziele definieren und ausloten, welche Wege beschritten werden müssen, um dorthin zu gelangen. Der Entwurf EINER Zivilgesellschaft, zu der wir hinwollen ist das Ziel. (Eine Internetumfrage unter Jugendlichen kann hier geeignet sein, damit möglichst junge Menschen partizipieren.)

2) *Bei allem authentisch sein und eine Wertschätzungskultur (vor-)leben!* Eine gemeinsame Selbstverpflichtung bzw. wenigstens eine verbandsinterne Absprache zu einem Mindeststundenlohn soll die aufkommende Unterbiete-Praxis versuchen zu unterbinden. Unter dem dann vereinbarten Satz sollten zukünftig keine Leistungen mehr erbracht werden. Bei Gewährwerden von Racial Profiling oder rassistischen Anfeindungen möglichst dagegen aufbegehren und die Fälle sammeln. Bei allem sollten wir unsere eigene Außenwirkung im Blick haben und diese möglichst gezielt lenken, auch um den Grad unserer Wirksamkeit zu erhöhen.

3) *Hingehen!* Auch Stadtfeste und Dorffeste verstärkt für Präsenz nutzen (für z.B. für Öffentlichkeitsarbeit oder um Bedarfe zu ermitteln). Gemeinsame Themenfelder unterschiedlicher Akteure aus ggf. unterschiedlichen Bereichen können für die Realisierung gemeinsamer Vorhaben genutzt werden, um Bildungsk Kooperationen anzustreben und um kein Gefühl der Bevormundung entstehen zu lassen (v.a. bei anderen Bildungsanbietern). Dabei wollen wir als Bündnispartner für möglichst viele andere Akteure attraktiv sein. Die Zusammenarbeit mit lokalen Antira-Gruppen, MultiplikatorInnen aber auch eine verstärkte Zusammenarbeit von entwicklungspolitischen NROs und dem sozialpädagogischen Bereich wird als sehr sinnvoll angesehen. Eine Verstetigung dieser Kooperationen ist anzustreben. Durch gezielte Ansprachen lokaler Arbeitgeber, Qualifizierungsmaßnahmen zur Selbständigkeit und das Aufzeigen der Vorteile ländlicher Regionen könnte die Abwanderung aus ruralen Räumen minimiert werden. Allerdings sollten wir aufpassen, nicht zum Steuerungsmechanismus für Zuwanderung innerhalb Deutschlands zu werden. Die Zusammenarbeit mit Sozialpädagogen ist vor allem in der Arbeit mit Zugezogenen wünschenswert, da hier oft Traumata und Ausgrenzungs- oder Diskriminierungserfahrungen, Racial Profiling-Erlebnisse als auch Positiv-Rassismus eine Rolle spielen, was oftmals eine Überforderung für die Mitarbeiter darstellt und einer Inklusion entgegensteht.

4) *Nachhaltigkeit und Kontinuität in den Angeboten sichern!* Die bisherige Förderpraxis und (Landes-) Antragsnormen weiter kritisieren. Die nötige Zeit für die obligatorische Netzwerkbildung wird nicht berücksichtigt. Die bisherige Förderdauer ist zu kurz bemessen, um langfristige Prozesse im Sinne eines gesellschaftlichen Wandels anstoßen zu können. Quantitative Indikatoren werden von mehreren Teilnehmern als problematisch erachtet - qualitative Indikatoren seien in diesem Rahmen aussagekräftiger. Des Weiteren wird Konsens bei der Berichtabgabe eingefordert, das heißt, dass Zuwendung in Zukunft nicht an Erfolg des Projektes geknüpft sein sollten, da sonst Beschönigungen vorprogrammiert sind, sondern eine ehrliche Berichtabgabe befördert werden sollte. Sonst tritt ggf. langfristig sogar eine Verstetigung kontraproduktiver Maßnahmen ein.

5) *Partizipation über verschiedene Formate ermöglichen!* Da eine kontinuierliche Präsenz vor Ort oft nicht zu finanzieren ist, ist das Einbeziehen von Möglichkeiten des Mitwirkens unabhängig von Ort und Zeit (z.B. online) eine Alternative. Trotzdem hat die Suche und Schaffung geschützter gemeinsamer Räume im konkreten lokalen Lebensumfeld Priorität. Eine intergenerationelle Arbeitsweise ist hier anzustreben. Neben Angeboten für alle Altersstufen sollen vor allem niederschwellige Bildungsangebote ein Ansprechen einer möglichst breiten Bevölkerungsschicht



gewährleisten. Unser eigener Bildungsanspruch sollte nicht hinderlich bei der eigentlichen Umsetzung des Ziels sein. Sprachbarrieren von nichtmuttersprachlichen Deutsch-SprecherInnen können ebenso aufgebrochen werden (durch z.B. das Einbinden als AkteurInnen, ExpertInnen oder DolmetscherInnen).

AG 2 EINGELADEN! Wie kommen unsere Beiträge und Expertise besser in die Kommunen?

- Inputs von Ely Almeida Rist, Ana-Cara Methman, Jonas Frykman und Kai Jahns -

Diese AG war mit 21 TeilnehmerInnen (beim Start) und etwas weniger im Verlauf die am besten nachgefragte. Begonnen wurde mit drei Inputs:

1. Landesarbeitsgemeinschaft politisch-kulturelle Bildung Sachsen e.V. (LAG pokuBi) Ely Almeida Rist und Ana-Cara Methmann

Die LAG unterstützt in Sachsen

- demokratische Kultur
- selbstbestimmte Handlungsspielräume
- diskriminierungsfreie Gestaltung der Migrationsgesellschaft

Eines der Ziele der LAG ist es, Bildungsangebote und Bildungsinstitutionen für MigrantInnen und hier insbesondere für Geflüchtete zu öffnen. Hier geht es darum, wie Zugänge überprüft und erleichtert werden können, wie für diese Zielgruppe(n) relevante Inhalte Eingang in die Bildungsarbeit finden, welche Qualifikationen der pädagogisch Tätigen dabei bedeutsam sind und wie MigrantInnen selbst - im Sinne einer handelnden Teilhabe - als (Bildungs-)AkteurInnen eingebunden werden. Die Angebote richten sich an Bildungsinstitutionen, politische Entscheidungsträger und zivilgesellschaftliche Kräfte in Kommunen Sachsens. Die LAG bietet vielfältige Kooperationen für die Gestaltung von Teilprojekten an. Angeknüpft wird z.B. an lokale Initiativen wie „Bautzen bleibt bunt“. Als geeignetes Arbeitsforum auf kommunaler Ebene hat sich ein Runder Tisch erwiesen, der unterschiedliche Akteure zusammenbringen konnte (Start mit ca. 150 TN). Dessen Zustandekommen und die Begleitung, insbesondere die Einbeziehung von Geflüchteten wurde stark von pokuBi unterstützt und ermöglicht. In Dresden läuft ein Projekt „Migration-Flucht-Bildung. Bildungsorte einer sich öffnenden Stadt“.

2. Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit Brandenburg / Jonas Frykman

Das Aktionsbündnis ist ein Zusammenschluss von 75 Organisationen und Personen aus dem Land Brandenburg. Die Mitglieder sind etwa zur Hälfte landesweit tätige Verbände und Einrichtungen und zur Hälfte lokale Bürgerinitiativen, die sich gegen Neonazismus engagieren und zunehmend auch in der Hilfe für Flüchtlinge aktiv sind; dazu kommen fünf prominente Personen. Gegründet wurde das Aktionsbündnis 1997 auf Betreiben der Landesregierung unter dem damaligen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe mit dem Ziel, die Gesellschaft angesichts der Welle rechter Gewalttaten im Land zu mobilisieren. Die Mitglieder treffen sich zwei Mal im Jahr zu einem Plenum. Geleitet wird das Bündnis von einem auf zwei Jahre gewählten, siebenköpfigen Vorstand. Als Vorsitzende haben seit der Gründung stets eine Vertreterin oder ein Vertreter der Evangelischen Kirche amtiert. Das Aktionsbündnis wird von der Landesregierung unterstützt, indem seine Geschäftsstelle und drei Personalstellen finanziert werden.

Die Hauptaufgaben des Aktionsbündnisses sind es, einerseits innerhalb der demokratischen Zivilgesellschaft Netzwerke zu schaffen und dort Engagierte zu unterstützen, und andererseits neonazistischen Aktivitäten und der Verbreitung von rechtem Gedankengut in der Bevölkerung entgegenzuwirken. Darüber hinaus agiert das Aktionsbündnis als Interessenvertreter seiner Mitglieder gegenüber der Landesregierung und deren Politik gegen Rechtsextremismus.

Das Aktionsbündnis organisiert Protestdemonstrationen und Veranstaltungsreihen, initiiert Kampagnen wie die Jugendkampagne „Schöner leben ohne Nazis“ und gibt Publikationen heraus (2016: „Ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit in Brandenburg“ und „Die neue Partei am rechten Rand. Programm und Positionen der AfD“). In den vergangenen Jahren stand die Diskussion um die Aufnahme von Flüchtlingen und die diesbezügliche rassistische Agitation im Mittelpunkt der Arbeit. Dazu wurden durch das Aktionsbündnis u.a. knapp 100.000 Ausgaben des Heftes „Neue Nachbarn“ verteilt, das sich an Bürgerinnen und Bürger richtet, die bislang keinen persönlichen Kontakt zu Flüchtlingen hatten.

Neben dem Aktionsbündnis gibt es weitere etablierte Strukturen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, vor allem den Verein Opferperspektive, der landesweit Opfer rechter Gewalt und rassistischer Diskriminierung unterstützt; die sechs Mobile Beratungsteams, die schwerpunktmäßig Kommunen beraten, sowie die sechs RAA-Niederlassungen, die vor allem Schulen und Kitas beraten, aber auch in der entwicklungspolitischen Arbeit aktiv sind.

Auf staatlicher Seite besteht seit 1998 die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“, die in der Staatskanzlei anhand eines Handlungskonzept staatliche Maßnahmen gegen Rechtsextremismus koordinieren soll. Ein Schwerpunkt sind die Verwaltung verschiedener Förderprogramme des Bundes und des Landes. Die Koordinierungsstelle ist 2016 stark ausgebaut worden und soll nun auch unter dem Slogan „Bündnis für Brandenburg“ landesweit für eine gute Aufnahme von Flüchtlingen werben.

3. Bürgerstiftung Barnim Uckermark / Kai Jahns

Kai Jahns, Geschäftsführer der Bürgerstiftung, und der auch Koordinator für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit in Eberswalde ist, erläutert das Engagement der Stiftung in der Flüchtlingsarbeit. Durch die finanzielle „Unabhängigkeit“ ist das Wahrnehmen von BürgerInnenverantwortung in Selbstgestaltung möglich.

Für Eberswalde, das Land Brandenburg und die ostdeutschen Bundesländer sieht er Wurzeln von Rassismus v.a. in Nachwirkungen der abgeschotteten DDR und in deren Umgang z.B. mit den so genannten Vertragsarbeitern. In Eberswalde kamen diese v.a. aus Angola. Während offiziell Solidarität und Internationalismus Staatsdoktrin waren, sind „Fremde“ ausgegrenzt und diskriminiert worden. Sie waren in der Stadt faktisch nicht präsent und schon gar nicht willkommen. Der Mord an Amadeu Antonio in Eberswalde im November 1990 sowie die zahlreichen rassistisch motivierten Überfälle und Brandstiftungen Anfang/Mitte der 90-er Jahre seien letztlich eine Konsequenz daraus. Ohne das Bürgerengagement würde sich diese Abschottung und Ghettoisierung von Geflüchteten seiner Meinung nach heute in ähnlicher Weise fortsetzen. In Eberswalde gibt es inzwischen Dialogstrukturen und interkulturelle Bildungsangebote. Im Rahmen des Projektes "Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung" fand z.B. ein Anti-Rassismusseminar mit pädagogisch Handelnden statt. Gegründet wurden das Amadeu Antonio Bildungszentrum sowie die kommunal finanzierte Freiwilligenagentur. Aktiv agiert ein Eberswalder Zentrum für demokratische Kultur, Jugendarbeit und Schule e.V.. Gearbeitet wird nach einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung seit 2012 an einem Erinnerungskonzept und einem Antirassismuskonzept. Das sei alles nicht frei von Konflikten zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft sowie untereinander. Jedoch seien rechtsextreme und rassistische Präsenz und Angriffe deutlich zurückgedrängt worden.

Konkrete Handlungsoptionen

- Auf kommunaler Ebene sollten wir anstreben, unsere Themen zur „ChefIn“-Sache zu machen. Alle Beispiele zeigen, dass damit das Anliegen in den Verwaltungen ernster genommen wird und mehr Durchsetzungskraft entfalten kann.
- Noch stärker angesprochen und in die Verantwortung genommen werden sollten die Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlungen und ihre Fraktionen. Auch dort haben wir Verbündete mit politischem Gestaltungswillen und mit Expertise in der Kommunalpolitik.
- Bei den zivilgesellschaftlichen Strukturen sehen wir das Potenzial für Allianzen noch nicht ausgeschöpft. Wohlfahrtsverbände, Bildungsvereine, Kulturträger etc. sind für unsere Ziele und Expertisen durchaus ansprechbar.
- In Brandenburgs Kommunen leben bereits unterschiedliche Gruppen von Migrant*innen seit unterschiedlichen Zeiten. Ihre kollektiven und persönlichen Erfahrungen hierzulande mit „Integration“ können noch besser für die aktuellen Neuankommenden angesprochen werden.

Hausaufgaben für uns NROs:

- Stärker die kommunalen Diskurse nutzen und beeinflussen
- Dafür benötigen wir mehr Kompetenzen bzgl. Alltag, Strukturen, Gesetz(mäßigkeiten) der Kommunalpolitik
- Kommunale Akteure besser kennenlernen und bei ihnen potentielle Bündnispartner suchen bzw. offensein für diese, ggf. neue Formate für Kooperationen entwickeln
- Zeit finden für externe, d.h. über Kommune hinausgehende Unterstützung in Form von Expertise, Finanzen u.ä.
- Selbstkritische Reflexion von Entwicklungspolitik und Antirassismus

AG 3: LIEGENGELASSEN! Wie kann die Arbeit von MDOs verbessert werden?

- Input von Janny Guevara, MigraNetz Thüringen -

Acht TeilnehmerInnen aus verschiedenen Organisationen wollen zuerst die Arbeit von MDOs in Deutschland beleuchten, um danach konkrete Forderungen für ein besseres Arbeiten zu formulieren.

Nachdem alle TeilnehmerInnen einen kurzen Einblick in ihre Arbeit gegeben haben, berichtet die Inputgeberin Janny Guevara vom MigraNetz Thüringen ausführlicher über ihre Erfahrungen in der Arbeit als MDO. Klar kritisiert von allen wird die teilweise immer noch bestehende fehlende strukturelle und institutionelle Förderung von MDOs, also die erschwerte Arbeit in allen Bereichen. Alle stimmen zu, dass dies extrem paradox ist, da genau MDOs gesellschaftliche Aufgaben übernehmen, die sonst keiner leistet und von deren Arbeit die komplette Gesellschaft Nutzen zieht.

Um nun auch konkrete Forderungen für bessere Rahmenbedingungen für MDOs zu formulieren und in diesem Diskurs gemeinsame Nenner zu finden, kreieren die TeilnehmerInnen „The World We Want“ –also optimale, verbesserte und realistische Rahmenbedingungen für MDOs. Jeder und jede überlegt sich hierfür persönlich relevante Punkte, die dann im Plenum besprochen werden. Die AG will sich von jetzt an auf positive Zukunftsvisionen, und nicht pessimistische Problemdefinition konzentrieren. Die Ergebnisse dieses Brainstormings sind:

- Strukturelle, institutionelle Förderung für MDOs. Dafür müssen sich MDOs untereinander klar positionieren, Aufgaben konkret verteilen, sich im Netzwerk mehr austauschen und Synergien bündeln.
- Das Stärken des Selbstbewusstseins von MDOs. Dazu soll eine größere Wertschätzung durch die Gesellschaft und das Auflösen paternalistischer Strukturen im deutschen Staat geschehen, genauso wie ein garantiertes Mitspracherecht für MDOs in politischen Belangen. MDOs sollen außerdem als Experten im Bereich der interkulturellen Arbeit anerkannt und somit bessere Berufsperspektiven für MitarbeiterInnen geschaffen werden.
- MDOs sollen mehr Souveränität genießen. Dazu wurde die Idee eines VON MDOs selbstverwalteten Förderfonds FÜR MDOs entwickelt.

Im Hinblick auf die Frage des Einflusses des Rechtsrucks auf ihre Arbeit zeigen sich die TeilnehmerInnen beunruhigt, verständigen sich aber darauf, dass die Gegenbewegungen gegen diese Änderung der politischen Landschaft als positiv zu erachten sind und gestärkt werden müssen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in dieser AG ein reger und konstruktiver Austausch unter den verschiedenen Akteuren stattgefunden hat, und jeder und jede neue Impulse für die eigene Arbeit mit nach Hause nehmen konnte. Des weiteren können auch zwei direkte Actions verzeichnet werden, die von den TeilnehmerInnen in der nächsten Zeit in die Tat umgesetzt werden sollen:

Konkrete Handlungsoptionen

- Erstellung eines Positionspapiers innerhalb des Netzwerks
- Weiterentwicklung der Idee des Förderfonds

Die AG-TeilnehmerInnen werden untereinander klären müssen, wer diese Aufgaben übernimmt.



AG 4: AUSBAUBAR! Analyse eines Good-Practise-Beispiels „Tandem-Projekt“ Carpus e.V.

- Inputs von Uwe Beger und Madeleine Mawamba, „Tandem-Projekt“ Carpus e.V. -

Worum ging es in dem Good-Practise-Beispiel:

Die Grundidee des Projektes war es, Geflüchtete mit erfahrenen BildungsreferentInnen in einem Tandem zusammenkommen zu lassen. Diese entstandenen Tandems konzipieren dann Workshops, in denen verschiedene Fluchtursachen thematisiert und Handlungsoptionen diskutiert werden. Das Tandem war ein gutes Projekt, das vor allem auf das vielversprechende Konzept und die Expertise der WorkshopteilnehmerInnen bauen konnte. Es gab 9 Tandems, somit 18 Personen, die sich in einem Auftaktworkshop zwei Tage lang mit den Themen des globalen Lernens auseinandersetzen konnten. Am Anfang wurde der Kontakt zu den TeilnehmerInnen durch die Ausschreibung auf der Seite der Brebit-ReferentInnen und durch „Women in Exile“ hergestellt, die Voraussetzung hierfür war die Lust an Bildungsarbeit zum Thema Fluchtursachen. So hatten alle 18 TeilnehmerInnen gemeinsame, aber nachfolgend auch eigene Workshops, denen ein Konzeptseminar folgte. Das Projekt lief von April bis Dezember 2016 und wird dieses Jahr mit den ausgebildeten Tandems weitergeführt. Wichtig war von Anfang an, dass die Tandems sich gut miteinander verstehen, was bei allem, außer einem Tandem, gut geklappt hat.

Was für Erfahrungen wurden gemacht?



Die Arbeit im Tandem hat gut funktioniert, vor allem zum Thema frauenspezifische Fluchtursachen. Im Konzeptseminar konnten sich alle noch einmal ein Feedback geben und durch Austausch die eigentliche Diversität von Fluchtgeschichten darstellen. Am Ende des Projekts gab es ein zweitägiges Evaluationsseminar. Auch das Feedback der Schulen, an denen es 4-5 Projekttag gab und von deren Seite aus sehr großes

Interesse herrschte, war positiv und wurde mit Hilfe von Feedbackbögen ausgewertet. Erfolgreich war, dass emotionales Lernen in den Schulen funktioniert, auch in Grundschulen. Das Projekt ist außerdem übertragbar, solange ausreichende Finanzierung zur Verfügung gestellt wird. Es entstanden nämlich Kosten für die Vor- und Nachbereitungszeit von Fortbildungen, einige Geflüchtete wurden auch als Minijob angestellt, mit einem Tagessatz von 200 Euro. Hierfür gab es viele organisatorische Auflagen bürokratischer Natur (Aufenthaltserlaubnis, Arbeitserlaubnis, Sozialleistungen), zu denen man durch das Sozialamt oder die Agentur für Arbeit beraten wurde. Jedes Tandem hat am Ende für sich konzipiert, was sie konkret gemacht habe, und es wurden nicht nur Fluchtgeschichten, sondern auch andere Projekte zum Thema Fluchtursachen behandelt. Das Projekt war außerdem für viele auch Motivation, Deutsch zu lernen bzw. ihr Deutsch zu verbessern.

Fehleranalyse

Als schwierig empfunden wurden das komplett freie Wählen von Themen innerhalb der Tandems und die Unterschiede der Tandempartner bezüglich ihrer Expertise während der Workshops. Außerdem gab es ein Ungleichgewicht bei der Buchung von Tandems. Auch sprachliche Hindernisse kamen vor.

Konkrete Handlungsoptionen

Folgende Aktivitäten und Forderungen wurden vor allem am Freitagvormittag formuliert:

- Laut Magdalena Freudenschuss wird es eine Auswertung der Tandems bei Carpus e.V. geben. Bei Interesse ist es möglich, die Erkenntnisse aus der Auswertung von Magdalena zu bekommen.
- Carpus e.V., Madeleine Mawamba und Magdalena Freudenschuss stehen als Ansprechpartner/innen bei der möglichen Übertragung des Tandem-Modells zur Verfügung.
- Die rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen von geflüchteten Menschen in der Bildungsarbeit sind eine große Herausforderung. Und die Frage ist, wie können wir dabei positiv wirksam werden? Vor allem hinsichtlich der rechtlichen Aspekte wären Beratungsmöglichkeiten und die Erstellung eines Leitfadens sinnvoll. Die Stiftung versucht hier mal einen Aufschlag zu machen.
- An Carpus e.V. gibt es die Anfrage, ob es einen Leitfaden/Blaupause für die Initiierung eines vergleichbaren Projekts inklusive der Vorbereitungsworkshops, Themenauswahl etc. geben könnte?
- Den für die Verwaltungen in Brandenburg Zuständigen (Uwe Prüfer/VENROB an Sts. Quart weitergeben) soll zurückgemeldet werden, dass es – aufgrund der Erfahrungen von Geflüchteten und MigrantInnen, die sich durch Mitarbeitende der Verwaltungen oftmals nicht gut behandelt fühlen – sinnvoll wäre, „Menschenrechtsfortbildungen“ für die Mitarbeitenden anzubieten.

Weitere lose Ideen, die die Gruppen produzierte, waren:

- Bundesfreiwilligendienst für Geflüchtete aufbauen
- Ausbildung von Geflüchteten zu Dolmetschern
- Job-Sharing als Modell: Ein Geflüchteter & eine „Person mit Pass“ teilen sich einen Job (siehe das Beispiel von Soli_Mate <http://solidrinks.de/jobs/>)

Darüber hinaus präsentieren wir hier die Gedanken von Konstantin Müller, Projektleiter Globales Lernen in Magdeburg. Konstantin bezieht sich auf die Podiumsdiskussion vom Vorabend bzw. dort auf eine Forderung von Ismail Köylüoglu, Geschäftsführer von NeMo, der hervorhob, dass eine Migrationsgesellschaft die Präsenz und Teilhabe von MigrantInnen auch in all ihren gesellschaftlichen und verwaltungsmäßigen Institutionen widerspiegeln muss: „Eine häufige Forderung Interkultureller Öffnung von Verwaltung (Polizei, Lehrerschaft etc.) im Feld Personal- und Organisationsentwicklung ist es, dass in der Belegschaft die gesellschaftliche Vielfalt der Bevölkerung abgebildet wird. So möchte beispielsweise die Stadt Hamm den migrantischen Bevölkerungsanteil von 25 % auch in der Personalstruktur der Stadtverwaltung erreichen. Das bietet grob gesagt einerseits den Migranten bessere Berufschancen und kann zudem Vorurteile und (rassistische) Diskriminierung gegenüber den Kunden bzw. Bürgern im Verwaltungshandeln verringern. In Ländern wie Sachsen-Anhalt hingegen mit einem verschwindend geringen Anteil von MigrantInnen (5 %, hauptsächlich in Städten) ist das Konzept der interkulturellen Öffnung vermutlich nicht wirklich die Lösung. Denn die Verwaltungen spiegeln die "Vielfalt" der Gesellschaft wider, wenn beispielsweise der Integrationskoordinator (wie in zwei Landkreisen) ein Russlanddeutscher ist. Dann hat die Verwaltung zwar ihre "Quote" erfüllt, aber die Teilhabe von MigrantInnen ist noch nicht wirklich gegeben und der in vielen Behörden herrschende ablehnende Ton und Geist gegenüber MigrantInnen und Geflüchteten wird nicht angegangen.

PODIUMSDISKUSSION: IST BRANDENBURG WELTOFFEN?

Nach einem ersten musikalischen Beitrag durch ein internationales Musiktrio, bestehend aus TeilnehmerInnen des Workshops, stellt die Moderatorin Katja Musafiri die Rednerinnen der



Podiumsdiskussion vor: Anne Quart, Staatssekretärin im Ministerium der Justiz, und für Europa und Verbraucherschutz in Brandenburg als Vertreterin der Politik, Joachim Lohmann von der evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg, Ismail Köylüoglu von NEMO (Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen e.V.) und Walter Hättig von der Stiftung Nord-Süd-Brücken.

Ob Brandenburg aus politischer Sicht ein weltoffenes Bundesland ist, wird im ersten Teil der Debatte aus unterschiedlichen Blickwinkeln beantwortet. Anne Quart stellt zwar fest, dass sich die Landesverfassung klar gegen Rassismus positioniert, jedoch wird klar, dass alle RednerInnen große Probleme und immensen Nachholbedarf Brandenburgs im Umgang mit Interkulturalität sehen.

Weiter wird auf die Thematik der Rolle von MigrantInnen in der brandenburgischen Gesellschaft eingegangen und festgestellt, dass deren Teilhabe unbedingt notwendig ist für ein weltoffeneres Brandenburg. Ismail Köylüoglu beschreibt jedoch die Arbeit von MDO und deren Einbeziehung in ostdeutschen Regionen als extrem erschwert, da viele Kommunen vor allem auf das Thema Migration nicht eingestellt sind. So werden MigrantInnen nicht in dem Maße eingesetzt, in dem sie für Brandenburg einen großen Nutzen haben könnten. Außerdem stellt er die These auf, dass die Interkulturalität der Gesellschaft auch realitätsnah in Verwaltung und anderen staatlichen Strukturen durch Menschen mit migrantischem Hintergrund abgebildet werden muss. Joachim Lohmann erklärt weiter, dass man durch verbesserte Kommunikation und den aktiven Kontakt mit migrantischen RepräsentantInnen viel zu deren Teilhabe beitragen kann.

Zurückgehend auf die Anfangsthematik werden nun Gründe gesucht, die Brandenburgs „Hinken“ mit der Weltoffenheit erklären könnten. Walter Hättig sieht zwei Probleme: in der Zentralisierung entwicklungspolitischen Engagements auf z.B. Potsdam und den Nachholbedarf bezüglich Fördermittel für entwicklungspolitische Projekte. Anne Quart erklärt, dass es in der Tat einen Rückgang in der Förderung derartiger Projekte gab, nun aber wieder mehr gefördert wird und die EU-Kommission Interesse zeigt, Bildungsarbeit auf breiter Fläche, also nicht nur in Brandenburgs Zentren, zu unterstützen.

Wie die brandenburgische Gesellschaft mit dem aktuellen Rechtsruck umgehen kann, wurde im letzten Teil diskutiert. Alle sind sich einig, dass Zugänge zu den Zielgruppen, die bisher kaum erreicht werden konnten und die der Weltoffenheit Brandenburgs entgegenstehen, geschaffen werden müssen. Joachim Lohmann erwähnt als Maßnahme hierfür das Promotorenprogramm. Walter Hättig sieht als Lösung das Schaffen von Räumen für Begegnungen mit und zwischen den Zielgruppen, auch im



ländlichen Raum, und vermehrte Kooperationen mit Organisationen, die eventuell schon Zugang zu den Zielgruppen haben. Um die Vorteile einer besseren interkulturellen Aufstellung in Brandenburg für die gesamte Gesellschaft sichtbar zu machen, sollen gute Beispiele gestärkt werden, die vor allem migrantische Jugendliche durch geschaffene Arbeitsperspektiven in die Regionen Brandenburgs bringen. Dass mit dieser Entwicklung auch MitarbeiterInnen in Behörden, die mit MigrantInnen auf bürokratischer Ebene in Kontakt kommen, zu mehr interkultureller Kompetenz sensibilisiert werden sollen, soll durch Fortbildungsmaßnahmen realisiert werden.

Nach diesem Schlussteil kommen aus dem Plenum Fragen zum migrantisch verwalteten Förderfonds, dessen Idee in AG3 entstanden ist, und den Anne Quart prinzipiell gut findet, jedoch darauf verweist, dass dieser unabhängig vom Bürgerstatus sein sollte, um die Betonung von Unterschieden bezüglich der Herkunft zu vermeiden. Walter Hättig hält die Idee dieses Fonds für die Stiftung Nord-Süd-Brücken interessant.

Besprochen wurde auch, dass für Jugendclubs, wie in AG4 erarbeitet, mehr kommunale Gelder bereitgestellt werden müssen, und dass MDOs strukturell besser gefördert werden müssen. Bei ausreichenden finanziellen Mitteln sollen auch Empowerment Projekte für MigrantInnen unterstützt werden.

Abschließend wird betont, dass die Willkommenskultur, die in vielen Herkunftsländern der in Brandenburg lebenden MigrantInnen herrscht, ein gutes Vorbild für die brandenburgische Willkommenskultur sein kann.

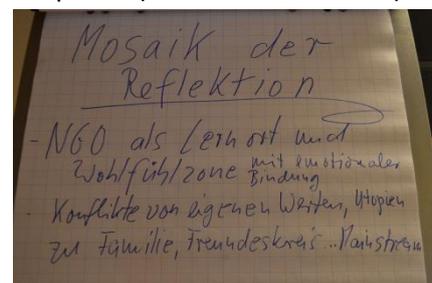
SCHLUSSRUNDE

Nachdem jede einzelne AG den Vormittag noch einmal nutzen konnte, um erarbeitete Ergebnisse vom Vortag weiter zu besprechen und Ideen weiter zu entwickeln, wurde im letzten und abschließenden Programmpunkt des Workshops in großer Runde die Arbeit aus den AGs besprochen.

AG 1 mit dem Thema der Erreichung relevanter Zielgruppen konnte feststellen, dass Räume geschaffen werden müssen für die kontinuierliche Begegnung mit diesen Zielgruppen, und dass Förderkriterien für derartige Projekte eher prozess- und nicht rein ergebnisorientiert sein sollten. Da jeder und jede eine unterschiedliche Auffassung von Rassismus hat, muss dieser Begriff zudem zuerst richtig definiert werden, damit alle an einer gemeinsamen Vision arbeiten können.

AG2 mit dem Thema der Zusammenarbeit mit den Kommunen fasste zusammen, dass sie es als schwierig erachten, das Thema Rassismus auf kommunaler Ebene zu halten. In ihrer Gruppenarbeit war der entwicklungspolitische Bezug zum Thema manchmal schwierig zu finden, deshalb müssten neue Ansätze und Varianten in der Entwicklungspolitik gemacht werden. Als konkreter Handlungsansatz wurde die breitflächige Adressierung der Kommunalpolitik (Stadtverordnete etc.) erarbeitet.

AG 3 mit dem Thema der Rahmenbedingungen für MDOs fokussierte sich in dieser Schlussrunde auf ihre Idee des migrantischen Förderfonds. Wie kann nun vorgegangen werden, um den Fonds in Realität umzusetzen? Überlegt wurde, ein Pilotprojekt in Gegenden starten zu lassen, die noch



nicht überlastet sind. Außerdem wurde nochmals auf das Interesse der Stiftung-Nord-Süd-Brücken am Förderfond verwiesen.

AG 4 mit dem Thema der Analyse von Good-Practice-Projekten hielt fest, dass durch die Absage einiger Inputgeber im Endeffekt nur ein Beispiel zum globalen Lernen untersucht wurde, was aber zu einer detaillierten Analyse dessen geführt hat. Da man sich vom Projektmodell und von dem Umgang mit eventuellen Hindernissen in der Projektarbeit gut etwas anschauen kann, fasste die AG diese Erkenntnisse hochmotiviert in einem Leitfaden zusammen. Zum Schluss betonte die AG, dass die Vielfalt der Gesellschaft sich in ihren Institutionen widerspiegeln muss.

Nach einer Danksagung durch die OrganisatorInnen und die Betonung der konstruktiven Ergebnisse, die im Rahmen des Workshops erarbeitet wurden, fand die Veranstaltung ein Ende im gemeinsamen Mittagessen. Mit Zuversicht und Vorfriede kann auf den nächsten Epol-Workshop im September diesen Jahres in Anklam geblickt werden!



MEINUNGSBILD ZUM WORKSHOP nach Auswertung der Meinungszettel

Das allgemeine Stimmungsbild zur Veranstaltung war ausgesprochen positiv. Viele TeilnehmerInnen waren angetan vom Veranstaltungsort und dessen Architektur. Sowohl in den AGs als auch in den größeren Runden konnten sich viele TeilnehmerInnen vernetzen, die davor noch nicht im Kontakt standen. Gelobt wurden die daraus resultierenden neuen Impulse für die eigene Arbeit. Potential für Verbesserungen gibt inhaltlich hinsichtlich der geordneteren Struktur bei der Vermittlung von Inhalten in den Diskussionsrunden und AGs. Kritisiert wurde außerdem, dass allgemein zu wenig Selbstkritik und Selbstreflexion geübt wurde und dass die Klärung von Grundlagenbegriffen zu kurz kam.

Allgemein lässt sich herauslesen, dass vor allem das Vernetzen und das aktive und praktische Arbeiten an Themen zum Rassismus als positiv empfunden wurde, und dass viele TeilnehmerInnen wertschätzen, dass sie für ihre eigene Arbeit neue Erkenntnisse gewonnen haben.



Meinungszettel

+ Positives (14)

- Kontakte, informeller Austausch, Atmosphäre
- Gruppenarbeit, Diskussion, Teamgeist, viel gelernt, Freundschaft
- Kennenlernen der Vielfalt von Entwicklungshilfe- und Migrationsprojekten und Gruppen/Zielgruppen; Kommunikationshilfen in den gesellschaftlichen Gruppen
- Methodologie in kleinen AGs, Austausch mit Menschen und Projekten, neue Beziehungen
- praktischen Input (pädagogisch) aus der Praxis anderer hören (siehe AGs)
- Neue Impulse/Projektideen für eigene Tätigkeit; Diskussionen/Austausch mit Kollegen über Erfahrungen/Probleme/Lösungsansätze
- Super Tagungsort, super Atmosphäre
- Diskussion über strukturelle Probleme in der EP Inlandsarbeitsszene (prekäre Arbeitsverhältnisse, Antragslogik)
- Vernetzung von „ostdeutschen“ Akteuren, Ansprechen von „ostdeutschen“ Perspektiven, Voraussetzungen, Herausforderungen
- neue Netzwerke, mehr Übersicht über multikulturelle Kooperation
- gutes Format
- Viel Zeit zu Diskussion und verschiedene Themen/Perspektiven in AGs; Vielfalt von Akteuren, Möglichkeit der Vernetzung
- genug Essen, gute Vernetzung, gute Informationen
- viele gute Ideen und Überlegungen zum Mitnehmen
- sich gut mit Menschen, Verbänden und Projekten aus anderen Bundesländern austauschen
- Guter Austausch von Erfahrungen und Ideen mit guter Entwicklung/Reflexion von Handlungsansätzen (best practice)
- Gute Zusammensetzung von Teilnehmern, könnte aber mal breiter werden in der Zukunft



- Negatives (8)

- keine Antwort darauf bekommen, was bzw. welchen Beitrag EP leisten kann und soll
- ein roter Faden insbesondere in den AGs und den Diskussionen hat gefehlt
- zu wenig kontroverse, kritische Perspektive - inherenter Widerspruch zwischen EP und Antirassismus - sich selbst feiern hat Grenzen
- Die Teilnehmerschaft sowie die Podien waren teilweise weiß-dominiert. Ich hätte mehr Südperspektiven hier gewünscht
- Keinen Austausch über Rassismusbegriff oder inhaltliche Kontroversen (viel methodische Diskussion, die sich auf alle Arbeit mit Menschen und anwenden lässt)
- Zu wenig Pausen
- Visulisierung könnte noch besser sein
- Bessere Transparenz: wer ist da – wer macht was?
- Zimmeraufteilung, Essen, Verbindung zum Veranstaltungsort
- Unpassende Fragen für Redner der Podiumsdiskussion; nächstes Mal Fragen besser an Redner anpassen
- „1. Danke für die tolle Orga und dass es die Konferenz gibt! Sehr wichtig um der Veränderung der EZ und Antirassismus Raum zu geben und einen Mainstreamprozess zu starten. Ich habe Energie und Kraft für die weitere Arbeit getankt! 2. So toll es ist, diesen Raum zu haben, sind mir einige Punkte aufgefallen, auf die ich hinweisen möchte – für Selbstreflexion und für zukünftige Veranstaltungen: Es ist paradox und nicht respektvoll, eine nicht deutschsprachige Aktivistin auf ein Podium zum Thema EP und Stolpersteine einzuladen und existierende Ausschlüsse zu reproduzieren, indem offenbar gesetzt ist, dass die Diskussion auf Deutsch stattfindet. Das Mindeste, was im Rahmen einer solchen Entscheidung für die ohnehin in Deutschland und in der EZ - Szene dominante Sprache (und damit verbundenen Ausschlüsse) geleistet werden sollte, ist eine organisierte und bezahlte Übersetzung, damit ALLE im Raum teilhaben können. 3. Ich hätte es wichtig gefunden, den Diskussionen und Austausch eine Auseinandersetzung mit dem eigenen Rassismusverständnis zu geben und einen Blick auf uns selbst zu werfen. So ist unklar geblieben, was unter "Rassismus" oder "Empowerment" verstanden wird. Der Blick nach außen war sehr prominent, der Blick auf unsere eigenen gesellschaftlichen Positionierungen kam zu kurz. Ich denke, dass es sehr wichtig ist, (auch) einen (selbst-)kritischen Blick auf unsere eigene Arbeit zu werfen. Für eine nächste Konferenz fände ich es wichtig, dieser "Grundlagenarbeit" mehr Raum zu geben.

